

## 1 VOLKSBEGEHREN STARTET...

Mit einem Volksbegehren will das Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide erleichtern.

Der Reformstau in Thüringen ist offensichtlich: Zwischen Bayern und Thüringen liegen Welten - jedenfalls in Sachen direkter Demokratie auf kommunaler Ebene. Während in Bayern in den vergangenen zehn Jahren 1.380 Bürgerbegehren gestartet wurden, sind es in Thüringen gerade zwei Dutzend. Bayern ist Spitzenreiter unter den Bundesländern, Thüringen Schlusslicht.

Wir sind bereits mittendrin:

Das Volksbegehren ist zugelassen. Die Unterschriftensammlung, bei der in vier Monaten mehr als 200.000 Unterschriften zusammenkommen müssen,

läuft vom 20. März bis 19. Juli 2008.

Bürgerbegehren sollen auch zugelassen werden über kommunale Bauleitplanungen, Kreditaufnahmen, Satzungen und auch über Abgaben, nicht aber über deren Einführung oder Abschaffung. Die Hürden für Bürgerbegehren sollen auf 7 Prozent gesenkt werden. Reformiert werden soll auch der bisherige Bürgerantrag, mit dem der Gemeinderat mit einem Thema befasst werden kann. Hier schlägt das Mehr Demokratie-Bündnis einen Einwohnerantrag vor: Maximal 300 Unterschriften sollen genügen; auch Jugendliche ab 14 Jahren sowie ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sollen unterschreiben können.

Zunächst hatte das Bündnis gemein-



sam mit den Oppositionsfraktionen im Landtag versucht, die Bürgerbegehren mit einer parlamentarischen Initiative zu reformieren. Aber der Gesetzentwurf ist an der CDU-Mehrheit im Landtag gescheitert. Die CDU sieht keinerlei Änderungsbedarf in Sachen direkter Demokratie. Alles sei bestens. (Quelle: [www.thueringen.mehr-demokratie.de](http://www.thueringen.mehr-demokratie.de)).

Auch im Ilm-Kreis wird das Volksbegehren von einem breiten Bündnis aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterstützt.

(Fortsetzung auf Seite 2)

## 2 LANDTAGSINFO

■ **Haushalt & Finanzen:** Der finanzpolitische Sprecher der LINKEN im Thüringer Landtag, Mike Huster, forderte am 19. Februar die Landesregierung auf, die Zahl der Steuerprüfer in den Finanzämtern um mindestens 20 zu erhöhen.

Nach Auffassung der LINKEN im Thüringer Landtag solle die Landesregierung damit aufhören, weiterhin die Steuergeschenke der letzten Einkommensteuer- und Unternehmenssteuer-

reformen zu bejubeln, nunmehr sei endgültig klar, dass die Steuererleichterungen der letzten Jahre nicht zu mehr Steuerehrlichkeit geführt hätten, so der Abgeordnete.

Er wirft der Landesregierung vor, die Frage der Steuerehrlichkeit bisher zu sehr auf mittlere und kleine Einkommen begrenzt zu haben. Der erfolgte Personalabbau bei den Finanzämtern sei kaum als Beitrag zur Bekämpfung des Steuerbetruges in Deutschland zu interpretieren.

■ **Inneres & Justiz:** "Ein Jahr Wirbel für Nichts!" Der innenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Dr. Roland Hahnemann, zeigt sich empört über die traute Eintracht zwischen CDU-Fraktion und Landesregierung in Sachen OPTOPOL: "Es ist schlimm, dass die Landtagsmehrheit nach mehr als einem Jahr medienwirksamen Rummels der Regierung jetzt grünes Licht für eine so genannte Polizeireform gibt, die nicht einmal den Namen verdient." Die be-

absichtigten Strukturveränderungen lösten nicht die Probleme in der Thüringer Polizei. Es komme weder zu einem maßgeblichen Abbau von Verwaltung im Polizeidienst noch werde der Basisvollzugsdienst durchgreifend gestärkt. „Am Ende ist OPTOPOL nichts weiter als ein Sparprogramm auf Kosten der Sicherheit der Bürger und zu Lasten der Dienstbedingungen der Polizeibeamten“.

Der Landtag hätte die Möglichkeit, der Landesregierung die Grundrichtung und Eckdaten einer neuen Polizeistruktur vorzugeben. "Die CDU-Abgeordneten entmündigen mit ihrer Zustimmung zur Haltung der Regierung das Parlament und auch sich selbst. Wir Abgeordneten der LINKEN werden der CDU-Regierung diesen Freibrief zum Umgang mit Polizei und öffentlicher Sicherheit nicht ausstellen und den Gesetzentwurf ablehnen", kündigt Hahnemann an.

■ **Arbeitsmarkt:** Leukefeld kritisiert "Taschenspielertrick zu Lasten von

(Fortsetzung auf Seite 2)

### Inhalt:

Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen 1

Landtagsinfo 2

Volksbegehren im Ilm-Kreis 3

Kluge Worte 4

Termine 5

## LANDTAGSINFO

Arbeitslosen". Die Pläne von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD), die für rechtswidrig erklärten Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen ohne Gesetzesänderung still und heimlich in "freiwillige Jobcenter" umzugestalten, lägen nicht im Interesse der Betroffenen. Darauf verwies am 15. Februar Ina Leukefeld, Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE für den Arbeitsmarkt. Damit sei "eine Chance verpasst, Hartz IV wenigstens zu verbessern".

■ **Familienpolitik:** Mit der Absicht, Krippen und Kindergärten zusammenlegen zu wollen, "strickt Ministerpräsident Althaus einmal mehr an der Legende, es gäbe Überkapazitäten in Thüringer Kindertagesstätten", so Dieter Hausold, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN am 14.02.08. Dies sei ein "durchsichtiges Manöver", mit dem Althaus verschleiern wolle, dass Thüringen bei den Kindertagesstätten schon seit Jahren den stetigen Weg der Verschlechterung gehe.

## 3 VOLKSBEGEHREN IM ILM-KREIS

Etwa 9.800 gültige Unterschriftenbögen müssen im Ilm-Kreis gesammelt werden, um das notwendige Quorum von 10 Prozent der Wählerinnen und Wähler zu erreichen.

Das Bündnis plant nach der Auftaktveranstaltung am 20. März (mit Infoständen in Arnstadt und Ilmenau)

noch weitere größere Aktionen. So wird die Demokratie-Tour am 29. April in Arnstadt Station machen,

Wenn er von Doppelstrukturen und Überkapazitäten spreche, solle offensichtlich die seit 2006 Thüringer Kindertagesstätten in belastende Streichungsorgie legitimiert und fortgesetzt werden. Hausold stellte erneut die von Althaus behauptete führende Stellung Thüringens in der Kinderbetreuung in Frage. Studien, die dem Freistaat eine gute Versorgung bescheinigten, bezögen sich alle auf die Zeit vor der Einführung der so genannten Familienoffensive und ihren massiven Kürzungen.

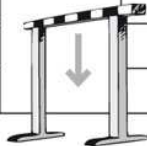
■ **Gesundheit:** Dr. Ruth Fuchs, Sprecherin für Gesundheitspolitik, begrüßte ausdrücklich das Grundsatzurteil des Bundessozialgerichts, wonach die Barmer Ersatzkasse ihr Hausarztprogramm aus eigener Tasche finanzieren muss. Sie erneuerte ihre grundsätzliche Kritik daran, dass mit der Einführung von Elementen der Marktwirtschaft in das Gesundheitssystem, wie der Praxisgebühr, die "soziale Krankenversicherung sukzessive privatisiert und ausgehöhlt werde.

■ Mehr Infos zur Politik der Linksfraktion: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

auch der Mehr Demokratie-Bus des bundesweiten Bündnisses wird in Arnstadt und Ilmenau stoppen. Informationen zu Aktionen und Infoständen sowie Material sind ab 20. März über das Wahlkreisbüro von Sabine Berninger zu beziehen.

Derzeit gültige Hürden und die Vorschläge des Volksbegehrens:

Staffelung Gemeindegröße	Bürgerbegehren jetzt	Bürgerbegehren zukünftig	Bürgerentscheid jetzt	Bürgerentscheid zukünftig
bis 3.000	17 % Unterschriften	7 % max. 7.000 Unterschriften	Mehrheit plus 25 % aller Stimmbürger	Mehrheit plus 20 % aller Stimmbürger
bis 10.000	15 %		23 %	
bis 50.000	13 %		20 %	15 %
über 50.000	13 %		20 %	10 %



## 4 KLUGE WORTE

**Ich stimme mit der Mathematik nicht überein. Ich meine, daß die Summe von Nullen eine gefährliche Zahl ist.**

(Stanislaw Jerzy Lec)

### Kontakt im Landtag:

Sabine Berninger | DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag | Arnstädter Straße 51  
99096 Erfurt | 0361 - 377 2302 | [berninger@die-linke-thl.de](mailto:berninger@die-linke-thl.de)

### Kontakt im Wahlkreisbüro:

Mitarbeiter: Thomas Schneider | Zimmerstraße 6 | 99310 Arnstadt | 03628 - 660 624  
[wkb-berninger@t-online.de](mailto:wkb-berninger@t-online.de) | [www.sabineberninger.de](http://www.sabineberninger.de)

## 5 TERMINE++TERMINE

13. März 2008, 12 Uhr

### Öffentliche Anhörung zur Situation von MigrantInnen in Thüringen

Gleichstellungsausschuss des Thüringer Landtags, Erfurt, Arnstädter Straße 51, Raum 101

15. März 2008, 10 Uhr

### Ehrung der Märzgefallenen

Hauptfriedhof Arnstadt

### Linke Kommunalpolitik in Arnstadt - Rückblick und Vorausschau -

Eine Veranstaltung von DIE LINKE. Arnstadt in Zusammenarbeit mit der Linksfraktion im Arnstädter Stadtrat

**Mittwoch, 19. März 2008**

Hotel „Goldene Sonne“, Ried

Beginn: 18 Uhr

20. März 2008, 10-12 Uhr

Infostand & Unterschriftensammlung für das Volksbegehren

### „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“

Arnstadt, Hopfenbrunnen



23. März 2008

Ostersonntag - 10.00 Uhr

### Friedenskundgebung Am Rufer, Arnstadt

10.30 Uhr - **Fahrraddemonstration**

13.00 Uhr - **Ostermarsch** in Ohrdruf

29. April 2008, 10-12 Uhr

Infostand & Unterschriftensammlung für das Volksbegehren

### „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“

Arnstadt, Hopfenbrunnen

1. Mai 2008, ab 10 Uhr

### Maifeier der LINKEN in Arnstadt

Arnstadt, Zimmerstraße

### PolitTisch: im LinXX.Treff:

(Zimmerstraße 6)

24. April 2008, 19 Uhr

### Landtagsgeplauder

Aktuelles aus dem Thüringer Landtag

29. Mai 2008, 19 Uhr

### Neues von der LINKEN

Bericht vom Bundesparteitag

### Plenarsitzungen im Thüringer Landtag:

24./25. Januar, 27./28. Februar 2008

(jeweils ab 9 Uhr)

Für weitere Termine beachten Sie bitte die Veröffentlichungen in der lokalen Tagespresse. **\*\*\*Und für alle Termine gilt:**

**Nazis sind unerwünscht und nicht eingeladen!**



Interpellant | § 6 Abs. 1 VerSt sind Personen, die rechtsradikalen Parteien oder Organisationen angehören, die der rechtsextremen Szene zuzurechnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, antisemitische, antislawische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von der Veranstaltung ausgeschlossen. Abs. 2